

Artikel drucken: **Studie: Jährlich suchen mehr als 15.000 Frauen Hilfe in Frauenhäusern**

Klicken Sie bitte [hier](#), um diesen Artikel jetzt auszudrucken.



15.08.2012 | 07:02

(49 Leser)

dts Nachrichtenagentur · Mehr Nachrichten von **dts Nachrichtenagentur**

Studie: Jährlich suchen mehr als 15.000 Frauen Hilfe in Frauenhäusern

Rund 15.000 bis 17.000 Frauen finden jährlich Schutz in Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen. Rechnet man ihre Kinder mit ein, es etwa 30.000 bis 34.000 Personen pro Jahr, die der meist durch den Lebenspartner ausgeübten Gewalt auf diese Weise

Wie die Tageszeitung "Die Welt" berichtet, gehen diese Zahlen zur Situation der Frauenhäuser und anderer Unterstützungsstellen für gewaltbetroffene Frauen hervor, den Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) am Mittwoch im Kabinett einbrachte. Ein Anhaltspunkt für eine strukturelle Unterversorgung sieht die Frauenministerin nicht. "In Deutschland gibt es ein ausdifferenziertes Angebot an Unterstützungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder", sagte Schröder der "Welt". Sie räumte aber ein, dass es für die Betroffenen "die Unterstützung finden, die sie brauchen."

Bund, Länder und Kommunen müssten gemeinsam mit Fachorganisationen Versorgungslücken schließen. Es ist laut der Studie die erste umfassende Bestandsaufnahme zur Situation der Frauenhäuser und der Fachberatungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder. Für sie gibt es in Deutschland 353 Frauenhäuser und circa 41 Schutzwohnungen mit über 6000 Plätzen. Hilft es rund 750 Fachberatungsstellen.

Zum Jahresende wird außerdem ein bundesweites Hilfstelefon eingerichtet. Das größte Angebot für Frauen mit Gewalttätern in Ballungszentren und Stadtstaaten. In ländlichen Gebieten existieren hingegen deutlich weniger Einrichtungen. Sucht eine Frau Schutz, muss sie oft weite Wege in Kauf nehmen, mitunter auch ihren Arbeitsplatz und ihr gewohntes Umfeld völlig aufgeben. Daher wird empfohlen, auf dem Land stärker auf mobile Beratungsangebote zu setzen. Die größte Chance auf Zuflucht hat statistisch gesehen in Bremen. Hier gibt es pro 10.000 Einwohnerinnen 3,63 Frauenhausplätze. Das geringste Angebot hat in Ostdeutschland mit umgerechnet nur 0,53 Plätzen. Für das Gutachten mit dem sperrigen Titel "Bestandsaufnahme zur Situation der Frauenhäuser und anderer Unterstützungsangebote für betroffene Frauen und deren Kinder" wurden ältere Untersuchungen ausgewertet und eine repräsentative Befragung durchgeführt. Etwa fünf Prozent aller Frauen haben mindestens einmal Gewalttäter Beratung gesucht. Der Anteil der Migrantinnen ist besonders hoch. 2010 hatten 50 Prozent von ihnen einen Migrationshintergrund. Allerdings nehmen nicht alle die Hilfe in Anspruch: Rund neun Prozent der befragten Frauen gaben allerdings an, Gewalttäter Hilfe gesucht zu haben. Vor allem bei Frauen, die eine niedrige Bildung besaßen, war die Hemmschwelle groß, eine Beratung zu suchen. Die Betroffenen sagten, sie hätten ihre Erfahrung nicht öffentlich machen wollen. Die 30- bis 39-Jährigen suchten am meisten Hilfe. Im Jahr 2011 konnten in rund 9000 Fällen schutzsuchende Frauen nicht aufgenommen werden - weil die Frauenhäuser nicht geeignet waren. Die meisten von ihnen wurden allerdings an andere Einrichtungen verwiesen. Ein Problem ist demnach die Betreuung der Kinder, die mit ihren Müttern in die Frauenhäuser kommen. In vielen Frauenhäusern gebe es nur ein "Platz" für ein Kind. Die meisten Frauenhäuser nehmen Söhne nur bis zum 14. Lebensjahr auf. Sind die Söhne älter, müssen Frauen sie in einen Notdienst geben oder beim gewalttätigen Partner zurücklassen. Die Autoren der Studie empfehlen die Einrichtung von Wohneinheiten für Frauen mit größeren Jungen einzurichten. In den meisten Bundesländern werden Frauenhäuser und Schutzwohnungen aus verschiedenen Töpfen finanziert, oft aus Haushaltsmitteln des Landes, der Kommune sowie aus Leistungsansprüchen von arbeitslos und Asyl suchend. Fallen sie nicht in diese Kategorien, müssen sie die Kosten ganz oder teilweise selbst tragen. Der Verbesserungsbedarf sieht Familienministerin Kristina Schröder bei der Finanzierung. Die Bundesländer regeln dies unterschiedlich. Die Mittel für die Leistungen der Frauenhäuser über eine Mischfinanzierung aus Fördermitteln der Länder und über die Kommunen aufgebracht. Meist übernehmen Sozialleistungsträger (zum Beispiel die Jobcenter) die Kosten, weil die Frauen selbst keine ausreichenden Mittel verfügen. "Hier sehe ich in erster Linie die Bundesländer gefordert", sagte Schröder weiter. Die Bundesländer sollten den Gestaltungsspielraum so nutzen, dass die Einrichtungen auf eine verlässliche und transparente finanzielle Grundlage ge-

© 2012 dts Nachrichtenagentur

Link: <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2012-08/24317828-studie-jaehrlich-suchen-mehr-als-15-000-frauen-hi-frauenhaeusern-003.htm>